



SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

Pressemitteilung Nr. 16-328
vom 22.09.10

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

CDU und FDP schwächen kommunale Demokratie

Die am (heutigen) Dienstag durch die Landtagsfraktionen der CDU und der FDP vorgestellte Einigung auf Änderungen in der Kommunalverfassung kann in keinem Fall mit einer Zustimmung der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag rechnen. „Die Abschaffung der Stichwahl und die Hebung der Einwohnerzahlen für wahlbereichsübergreifende Listen sind die deutlichsten Zeichen eines politischen Kuhhandels zwischen der CDU und der FDP. Die CDU drängt auf die Abschaffung der Stichwahlen, da sie sich so bessere Chancen für ihre Kandidaten ausrechnet. Die FDP wiederum drängt auf größere Bereiche für Listen, da sie Probleme hat, genügend Bewerber innerhalb der bisherigen Bezirke zu finden. Diese rein wahltaktische Motivation der Koalition ist offensichtlich. Unserer kommunalen Demokratie wird damit aber nicht gedient“, sagte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus-Peter Bachmann, am Dienstag in Hannover.

Der Verzicht auf die Stichwahl bedeute, so Bachmann weiter, dass zukünftig ein Bürgermeister mit einer deutlich unterhalb der absoluten Mehrheit liegenden Stimmenzahl gewählt werden könne. Von einer breiten demokratischen Legitimation könne keine Rede sein. Die größeren Wahlbereiche führten wiederum dazu, dass die bislang notwendige Gewinnung der Listenkandidaten aus möglichst vielen Teilen einer Gemeinde künftig unterbleiben könne. „Außerdem, das darf man nicht außer Acht lassen, hätten es extremistische Parteien, die in der Fläche nicht verankert sind, Dank CDU und FDP deutlich einfacher, eine gültige Liste für einen Wahlbereich einzureichen“, sagte Bachmann.

Ärgerlich findet der SPD-Innenexperte auch die Behauptung der Koalition, durch ihre Vorschläge würde das Ehrenamt gestärkt. Zwar fänden sich ein paar Änderungen, eine wirkliche Stärkung des Ehrenamts sei aber nicht erkennbar. „Dass zukünftig alle Ratsmitglieder an den Sitzungen des Verwaltungsausschusses teilnehmen dürfen, wird wohl kaum mehr Bürgerinnen und Bürger dazu bewegen, ein kommunales Mandat anzustreben“, sagte Bachmann.

Auf kräftige Gegenwehr aller Kommunen im Land setze er bei der geplanten Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen sowie der Schaffung einer Klagebefugnis für Private. „Wer in Zeiten, in denen die kommunale Handlungsfähigkeit ohnehin massiv bedroht wird, Gemeinden, Kreisen und Städten auch noch die Möglichkeiten der Wirtschaft beschneiden will, der hat jeden Anspruch darauf verloren, zu behaupten, er betreibe kommunalfreundliche Politik. Das glatte Gegenteil ist der Fall“, kritisierte der SPD-Abgeordnete.

In jedem Fall seien die Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung derart umfassend, dass es zwingend einer neuen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände bedürfe. Seine Fraktion werde darauf bestehen. Bachmann: „Wir erwarten hierbei heftigen Gegenwind für die Koalition.“